

JP Pat.-Anm. Nr. 2007-500104

ÜBERSETZUNG DER
LETZTEN MITTEILUNG VON ZURÜCKWEISUNGSGRÜNDEN
(Zwischenbescheid 2. Art)

Ausstellungsdatum: 27. Juni 2011

Absendedatum: 06. Juli 2011

Die vorliegende Patentanmeldung ist aus folgenden Gründen zurückzuweisen:

I. Die Patentansprüche der vorliegenden Patentanmeldung entsprechen wie folgt nicht der Bestimmung des Par. 36(6)(ii) PatG.

Betreffend Ziffer I:

„Das standardisierte Verfahren“ gemäß Anspruch 25 ist unklar.

Diesbezüglich führte die Anmelderin im Widerspruch aus, dass das Verfahren vom Fachmann wie üblich durchgeführt wird. Absatz [0022] (vgl. Seite 8, Zeilen 1 bis 3 der deutschen Beschreibung) enthält jedoch die Angabe „Ein standardisiertes Verfahren ... wie es bei der CONCERT GmbH angewandt wird...“. Es ist nicht offensichtlich, dass das Verfahren von allen Fachleuten gemeinsam wie üblich durchgeführt wird. Zudem ist es selbstverständlich, dass die Ansprüche nicht deshalb unklar definieren kann, indem man den in den Ansprüchen zu definierenden Sachverhalt lediglich in der vorliegenden Beschreibung angibt. Daher kann die obige Ausführung der Anmelderin nicht akzeptiert werden.

Bzgl. des standardisierten Verfahrens wird die Anmelderin aufgefordert, auf Basis der vorliegenden Beschreibung die Verfahrensprozedur klarzustellen. Falls dies nicht klargestellt werden kann, ist eine Streichung erforderlich.

II. Die vorliegende Erfindung gemäß den nachstehenden Patentansprüchen ist aufgrund der folgenden japanischen oder ausländischen Vorveröffentlichungen bzw. Erfindungen, die der Öffentlichkeit über elektronische Kommunikationskanäle zugänglich waren, für einen Fachmann mit durchschnittlichen Kenntnissen auf dem betreffenden technischen Gebiet leicht herzuleiten und daher gemäß Par. 29(2) PatG nicht patentfähig.

Entgegenhaltungen:

1. US 5,128,082
2. JP Patentoffenlegungsschrift Nr. 2003-505267
3. JP Patentoffenlegungsschrift Nr. 2001-522957

Betreffend Ziffer II, Ansprüche 1 bis 27, Entgegenhaltungen 1 bis 3:

Entgegenhaltung 1 offenbart nicht konkret, dass ein Prägemuster ausgebildet wird. Entgegenhaltung 3 offenbart, dass, nach der Bildung des Vlieses, die Festigkeitseigenschaften bzw. die Dichte durch den punktförmigen Druck usw. (entsprechend dem Prägemuster) geregelt werden. Zudem offenbart Entgegenhaltung 3, dass es vorteilhaft ist, das Vlies auf eine gewisse Feuchte einzustellen (vgl. insbesondere Absätze [0010] bis [0015] der Entgegenhaltung 3; [siehe Seite 4, Zeile 20 bis Seite 5, Zeile 28 der äquivalenten WO 99/25281]). Daher konnte der Fachmann die in Entgegenhaltung 3 offenbare Technik auf die demselben technischen Gebiet angehörende Entgegenhaltung 3 anwenden, um mittels der die obigen hervorragenden Eigenschaften erzielbare Prägung ein Prägemuster mit den verdickten Faser-Verbundbereichen zu erhalten.

Die weiteren Gründe wurden im obigen Vorbescheid erwähnt.

<Grund für den Erlass einer letzten Mitteilung von Zurückweisungsgründen>

Die vorliegende letzte Mitteilung von Zurückweisungsgründen bezieht sich ausschließlich auf die Zurückweisungsgründe, die sich durch die Verbesserungen des Vorbescheides ergeben.

Datenblatt

Entgegenhaltungen:

1. US 5,128,082
(siehe Vorbescheid)
2. JP Patentoffenlegungsschrift Nr. 2003-505267
(siehe Vorbescheid)
3. JP Patentoffenlegungsschrift Nr. 2001-522957 - 20.11.2001
Einreichung der Übersetzung: 18.05.2000
Anmeldung Nr. 2000-520719 - 16.11.1998
Int. Offenlegung Nr. WO 99/25281 - 27.05.1999
Int. Anmeldung Nr. PCT/EP 98/07305
Prioritäten vom 18.11.1997, DE (197 50 890.1) und
vom 04.06.1998, DE (198 24 825.3)

Anmelder: Maksimow Alexander, DE

Titel: Verfahren und Vorrichtung zur Herstellung einer aus Cellulose-Fasern bestehenden Faserstoffbahn für die Verwendung in Hygieneartikeln

Unsere Bemerkungen:

Fallspezifisch:

Betreffend Ziffer I:

Wir schlagen vor, Anspruch 25 auf Basis von Seite 8, Zeilen 1 bis 15 der deutschen Beschreibung wie folgt zu verbessern:

25. Zur Herstellung von Hygieneartikeln geeignete Faserbahn, hergestellt nach den Verfahren gemäß wenigstens einem der Ansprüche 1 bis 24, mit einem Staubgrad unterhalb 0,2%, wobei der Staubgrad mittels Staub-Testgerät, das mit durchsichtiger, abgeschlossener Kammer, rotierender Scheibe mit zwei senkrechten Stäben, Befestigungsklammern für Proben, Motor mit Drehzahl 150U/min, Timer und Polyesterfolie zum Stützen der Proben ausgerüstet ist, bei einer Temperatur von $23^{\circ}\text{C} \pm 2^{\circ}\text{C}$ und bei einer relative Feuchte $50\% \pm 2\%$ derart bestimmt wird, dass die zu bestimmende Probe im Staub-Testgerät eingespannt und geschlagen, dann durch Differenzwägung der Probe vor und nach dem Schlagen der Staubverlust ermittelt und daraus der Staubgrad in Prozent berechnet wird.

Betreffend Ziffer II:

Unseres Ermessens bezweckt die vorliegende Erfindung die Verhinderung des Faserstaubes (sog. „linting“). Dies wird durch Kombination der Schritte Pressen und Prägen der Faserlegung mit dem Schritt des Befeuchtens mit einer Wasser-Latex-Mischung im Verfahren gemäß Anspruch 1 ermöglicht. Der Effekt bzgl. des Gehaltes an Faserstaub ist in den Ausführungsbeispielen belegt.

Andererseits ist weder in der neu zitierten Entgegenhaltung 3 noch in den im Vorbescheid zitierten Entgegenhaltungen 1 und 2 die Verhinderung des Faserstaubes nicht offenbart. Wir nehmen daher an, dass der Fachmann anhand der Entgegenhaltungen 1 bis 3 die Konstitution zur Lösung der erfindungsgemäßen Aufgabe nicht leicht vorhersehen konnte.

Allgemein:

In Beantwortung des vorliegenden Zwischenbescheides 2. Art sind Verbesserungen der Ansprüche lediglich in Form einer Streichung von Ansprüchen, Einschränkung des Anspruchsumfanges, Korrektur offensichtlicher Fehler oder Klarstellung zulässig (vgl. Par. 17^{ns}(4) PatG).

Zur Einschränkung von Ansprüchen sind ausschließlich die Aufnahme von in den Unteransprüchen enthaltenen Merkmalen, die Konkretisierung von bereits in übergeordneter Form in den Ansprüchen enthaltenen Merkmalen sowie die Aufnahme von Merkmalen aus der Beschreibung, durch welche kein neuer technischer Aspekt eingebracht wird, zulässig.

Zur Klarstellung dienende Verbesserungen müssen auf dem Offenbarungsgehalt der Patentanmeldung beruhen.

Das Ändern von Anspruchskategorien sowie das Hinzufügen neuer Ansprüche sind unzulässig.

Hilfsanträge sind vom Gesetzgeber nicht vorgesehen.

Bei weiteren Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.